

# Wahlzeit



## Der Irrweg kann kein Ausweg sein

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst nicht vorbei, doch es wird bereits ein fröhliches „weiter so“ angestimmt. Manche Arbeitgeber fordern erneut Lohnkürzungen und Urlaubsverzicht. Banken verweigern Kredite für Betriebe, aber für die Bänker-Boni reicht es schon wieder. Vielen Arbeitnehmern hingegen stehen die schwierigsten Monate erst noch bevor. Die Prognosen für den Arbeitsmarkt sind düster.

### Umverteilung in die Krise

Zentral für den Kollaps ist, dass sich die Finanzmärkte immer weiter von der Realwirtschaft entfernt haben. Es wurde spekuliert statt investiert. Begleitet wurde dies von einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben, was zu einer weiteren Vermögenskonzentration führte. So war immer neues Geld für Casino-Spiele vorhanden.

Allein zwischen 2000 und 2007 ist das Volkseinkommen in Deutschland um 19,9 % gestiegen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind mit plus 51,6 % geradezu explodiert. Die Reallöhne jedoch sind von 2000 bis 2008 um fast 12 % gesunken, was im EU-Vergleich noch alarmierender wirkt (s. Grafik).

Diese Entwicklung ist das Ergebnis jahrzehntelanger ein-

seitiger Politik. In Deutschland markiert der 9. September 1982 einen Meilenstein: Das „Lambsdorff-Papier“ erblickte das Licht der Welt. Dort ist das Drehbuch vorgegeben, das mit zur Krise beigetragen hat: Entlastung von Unternehmen und Reichen (u.a. bei der Vermögenssteuer, Befreiung der Betriebe von „staatlichen Belastungen“) und Belastung von Arbeitnehmern (u.a. Begrenzung Arbeitslosengeld auf 1 Jahr, Anhebung Renteneintrittsalter, Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung, restriktive Lohnpolitik).

### Nichts gelernt?

Doch für viele ist die Krise nur ein „Betriebsunfall“, der an ihrer Politik wenig ändert. Im Gegenteil befeuert die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) die Krise mit ihren aktuellen Forderungen noch: Der Arbeitsmarkt müsse

zu einem „echten Markt“ und die Arbeitslosenversicherung eine „Basisversicherung“ werden, Senkung der Steuern für Unternehmen, Ausbau privater Altersvorsorge, Umstellung der Pflegeversicherung auf ein kapitalgedecktes System. Diese Liste ließe sich fortführen. Die Konsequenz dieser Vorschläge: Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter – Arbeitnehmer sollen weiter bluten, Unternehmen und Reiche weiter entlastet werden.

### Die Entscheidung

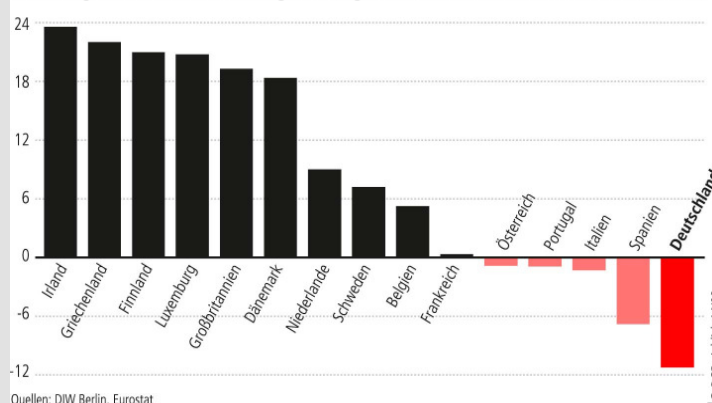
Bei der Bundestagswahl steht eine wichtige Entscheidung an: Für eine Politik, die Spielräume für Arbeitnehmer vergrößert. Oder für eine Politik, die alte Fehler fortschreibt, Arbeitnehmer zusätzlich belastet und so die Binnennachfrage schwächt – und damit den Ursachen der Krise neue Nahrung gibt.

## Ökonomen im Urlaub

Experten rechnen mit steigender Arbeitslosigkeit im Herbst; was also tun? Ganz einfach, sagt der Ökonom Lesch vom Institut der deutschen Wirtschaft, ein Lohnverzicht müsse her. Denn er schütze vor Entlassungen und verbessere die Gewinn-situation der Firmen. Welch origineller Gedanke! Dass zu viel flüssiges Kapital die Finanzkrise mit ausgelöst hat, ist zu kompliziert und kommt im Bausatz der schlichten Antworten nicht vor.

Ein anderer Großökonom, Hans-Werner Sinn, sagt in „FOCUS-online“ zum x-ten Mal, die Deutschen seien „einander zu teuer“. Die Folge: „Sie (die Deutschen) kaufen zum Beispiel touristische Leistungen im Ausland, weil solche Leistungen in Deutschland zu teuer sind.“ Bisher dachten wir schlichten Gemüter, man fährt in den Urlaub, weil es dort Sachen gibt, die zuhause fehlen: also einen stabilen Sommer oder alte Pyramiden. Ach, bliebe mancher Homo oeconomicus doch einfach für immer im Urlaub, um dort die billigen Leistungen zu kaufen, welcher Unsinn bliebe uns zuhause erspart!

Entwicklung der realen Arbeitnehmerentgelte in ausgewählten EU-Ländern von 2000 bis 2008 (in Prozent)



ViSdP Timo Günther  
 DGB-Bezirk Bayern  
 Schwanthalerstraße 64  
 80336 München  
 Telefon: 089-51 700-210  
 Telefax: 089-51 700-211  
 E-Mail: bayern@dgb.de

